

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 190.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Wittwoch, 24. April 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14.
Telephon-Alt VI a Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Gedruckter: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Anzeigengebühren: 1. frühgeschaltete Stellplätze ab dem 1. April d. J. 2. an den Sonntagen 20 Pf., auswärts 30 Pf., Resten am Schluss des Monats 10 Pf. 3. Anzeigen-Abnahme 5. d. Expedition in Halle a. S. u. in allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 24. April.

Der Bundesrat erteilte in seiner Sitzung am 23. cr. seine Zustimmung zu den Ausschussberichten über den Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 und über den Entwurf eines Beamten-Interessen-Gesetzes, sowie zu dem Ausschussbericht über den Entwurf eines Militär-Interessen-Gesetzes.

Ende der Reichstags-Sitzung. Am 17. Mai soll die Reichstags-Sitzung ihr Ende erreichen, wie erwähnt, vermischt durch Vertagung bis zum Herbst.

Subjektionskommission des Reichstages. Die Beratung über den Etat für Ostafrika am 23. cr. beginnt bei den eigenen Einmächtigkeiten des Abgeordneten. Abg. Dr. Semler (nat.) beantragt, die Einmähigkeit aus den Büllen, die mit 19 Mill. in Antrag gebracht ist, auf 24 Mill. zu erhöhen. Kolonialdirektor Dernburg tritt, den Etatsantrag nun um 400 000 Mk. zu erhöhen. Er gibt ein Bild der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in der Kolonie und überreicht graphische Darstellungen der Ausgaben für die Schutztruppe und der Gesamtausgaben. Die Bülle werden um 400 000 Mk. erhöht und die Einnahmen aus den sonstigen Abgaben und Gebühren genehmigt, ebenso die Einnahmen aus dem Eisenbahnbetrieb. Bei den letzteren geht der Kolonialdirektor auf verschiedene Wünsche von Mitgliedern der Kommission ein und erklärt, im Herbst werde eine Vorlage kommen über den Ausbau der Zentralbahn über Kilifa. Die Frage des weiteren Ausbaues der Bahn über Kilifa hinaus ist noch nicht spruchreif. Die Marogoro-Bahn vom 1. Dezember 1907 Marogoro zu erreichen. Abdam vertagt sich die Kommission auf heute, Mittwoch.

Kriegervereine und die Wahlen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat in ihrer Sitzung am Dienstag beschlossen, mit Rücksicht auf die Walle, die die Kriegervereine vielfach während der letzten Reichstagsarbeiten geäußert haben, eine gutachtliche Äußerung des Generalsekretärs, des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Kriegervereine, darüber herbeizuführen, ob die Kriegervereine einen amtlichen Charakter haben oder nicht.

Die Feier des 40jährigen Bestehens der Reichspartei und der freikonservativen Fraktion ist auf den 4. und 5. Mai festgesetzt.

Am Sonnabend, den 4. Mai, findet abends von 8 Uhr ab ein Bierabend mit gemeinschaftlicher Speisekarte in der Wandelhalle des Reichstages statt. Am Sonntag, den 5. Mai, werden stattfinden die früheren und jetzigen Mitglieder der beiden Fraktionen zu einer gemeinsamen Sitzung im Saal 12 (Wandelhalle des Abgeordnetenhauses). An die Festigung schließt sich eine Besichtigung der beiden Häuser des Landtages. Nachmittags 5 1/2 Uhr findet Feiertag (Gedächtnis 10. März) in der Wandelhalle des Abgeordnetenhauses statt. Nächste Familienangelegenheiten können als Gäste teilnehmen. Ein Abendessen der Reichstagsmitglieder des Abgeordnetenhauses beschließt das Fest, zu welchem Anmeldungen von Herrn Landtagsabgeordneten Baeßig, Schmidtlein, Abgeordnetenhauses, entgegengenommen werden.

Außerordentliche Besuche an Beamte. Im Abgeordnetenhause ist ein Antrag eingebracht, die Königliche Staatsregierung zu eruchen, bis zur dritten Sitzung des Staatshaushaltsrats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 100 Mk. sowie den übrigen Beamten, deren Gehalt den Betrag von 4200 Mk. nicht übersteigt, je 150 Mk. als einmalige außerordentliche Beihilfen gewährt werden.

Wanderarbeitstätten.

Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses, der die Vorberatung des Gesetzesentwurfes über Wanderarbeitstätten übertragen war, hat nunmehr über das Ergebnis ihrer Verhandlungen Bericht erstattet. Danach ist die Zweckmäßigkeit, die Errichtung von Arbeitstätten für Wanderer auf gesetzlicher Weise nicht allgemein anerkannt. Es wurde auf der einen Seite hervorgehoben, daß die kommunalen Kassen, namentlich im Osten, schon so hoch seien, daß vermieden werden müßte, neue Aufwendungen den kommunalen Verbänden aufzubürden. Auch finde bei der herrschenden Unruhe jeder Arbeitswillige leicht Beschäftigung. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß auch im Westen der Monarchie vielfach die Verhältnisse so gestellt seien, daß das Gesetz leicht eine nachteilige Wirkung insofern haben könne, als eine Wanderung vom Lande in die Städte dadurch möglich werde, was gefördert werde. Die Mehrheit der Kommission stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die Errichtung von Wanderarbeitstätten doch als eine zweckmäßige und gebührende Maßnahme und als erwidernswertes Ziel zu betrachten sei.

Demgemäß sprach die Kommission sich in ihrer Mehrheit dahin aus, daß der Weg gesetzlicher Regelung einzuschlagen werden solle; jedoch war sie sich zugleich darüber einig, daß diese Regelung nicht obligatorisch für den Umfang des ganzen Staates erfolgen könne, da die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen zu verschiedenartig seien. Es müßte daher den Provinzialverbänden die Überlassung werden, beratende Einrichtungen ins Leben zu rufen, wie dies in dem Entwurfe vorgesehen sei. Einige Schmäher

leiten machte die Frage der Kostendeckung. In der ersten Lesung wurde ein Antrag angenommen, wonach der Staat den Provinzen die Hälfte der von ihnen für die Wanderarbeitstätten aufgewendeten Kosten erstatten sollte. Dieser Beschluß aber wurde in der zweiten Lesung zugunsten der Bestimmung umgestoßen, daß von den Kosten der mit Wanderarbeitstätten verbundenen Arbeitsnachweise der Staat nach Vereinbarung mit den Provinzen einen angemessenen Bruchteil zu übernehmen habe.

Auch gegen diesen Vorschlag wurden seitens der Regierungsräte Bedenken erhoben, da der Staat eine allseitige Spranzahlung zu den Kosten einer fakultativen Einrichtung, auf deren Höhe er keinen Einfluß habe, grundsätzlich ablehnen müsse und da der dem Minister des Innern für solche Zwecke zur Verfügung stehende Dispositionsfonds nicht überdritten werden dürfe. Im Plenum dürfte sich über diesen Punkt wohl eine Vereinbarung erzielen lassen.

Die Kommission hat ferner beschlossen, dem Plenum folgende Resolution vorzuschlagen: „Die Königliche Staatsregierung zu eruchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Fürsorge für mittellose arbeitswillige Wanderer im Wege der Reichsbeschäftigung geregelt werde.“

Die ständige Kommission des Landes-Dezernats, welche aus den Vorstehenden sämtlicher preussischen Landwirtschaftskammern besteht, ist vom Vorsitzenden des Landes-Dezernats, Grafen von Schwerin-Löwis, im Einverständnis mit dem Landwirtschaftsminister auf einer Sitzung für den 26. d. Mts. nach Berlin berufen worden. Es sollen Maßnahmen gegen den Rückgang der Schweinepreise beraten werden, welcher bereits einen für den Fortbestand der deutschen Schweinehaltung bedrohlichen Umfang angenommen hat.

Reiserei und Gastwirts. Die Deutsche Reiserei.

„Eine Reisereiherbe (???) veranstaltet der Gastwirts-Verein für Germania und Umgebung, indem er in der vorliegenden Ausgabe, allerdings ohne jede Unterschrift von Namen, die Schlichtermeister aufordert, ihre Reiserei-Verhältnisse unverzüglich den jetzigen niedrigen Reisepreisen anzupassen (sehr richtig!), um zu vermeiden, daß gemeinsam andere Bezugsquellen in Anspruch genommen werden.“

Zunächst hier der Ausdruck „Reisereiherbe“ berechtigt sein soll, ist uns unerfindlich. Die Gastwirts wehren sich, so führt die „Reiserei“ zutreffend aus, nur ihrer Saatkraft; denn sie wollen genau den überragenden Verdienst der Reisereiherbe bei der großen Differenz zwischen dem Detail- und Großhandelspreisen zu schlagen. Uns sollte es nicht wundern, wenn dieser Aufwurf von Eberswalde auch anderswo Nachahmung findet. Zu Konsumentenreisen wächst die Erbitterung über die Reisereiherbe von Tag zu Tag, je mehr die Schweinepreise fallen. Die Erkenntnis hiervon hat deshalb auch die Regierung Bingen zu folgender Bekanntmachung veranlaßt:

„Mit Rücksicht auf das Zurückgehen der Einkaufspreise für Schweine haben unsere Mitglieder den Verkaufspreis für Schweinefleisch und Würstchen auf die früheren Sätze herabgesetzt.“

Wägen andere Zimmern nach diesem Beispiele folgen! Vor allem auch die Halleische Reisereiherbe!

Seine Majestät der Kaiser traf, von Darmstadt kommend, mit den Herren des Gefolges in Automobilen am Dienstag gegen 11 Uhr vormittags in Wiesbaden ein und fuhr gleich vor dem Rathaus vor. Hier wurde der Kaiser vom Bürgermeister Deh, dem Baumeister Professor von Thiersch-Windens und dem Generalintendanten von Hülsen empfangen. Es erfolgte die Besichtigung des Kurparks-Anbaues. Späterhin folgte der Kaiser einer Einladung des Regierungspräsidenten v. Meißner zur Frühstückstafel. Am Nachmittag machten der Kaiser und die Herren seiner Umgebung einen Ausflug in Automobilen auf die Platte. Im Laufe des Nachmittags traf Prinz August Wilhelm von Homburg ein. Nach der Abendstafel besuchte der Kaiser, Prinz August Wilhelm und die Herren der Umgebung das Königliche Theater, wo Alberts, Maurer und Schloffer“ gegeben wurde.

Die österreichische Botschaft in Berlin. Das österreichische „All-Record“ Nr. 11“ veröffentlicht die Entsendung des Adjutanten Majors Grafen von Fingern zu Hohenzollern-Greifengrad für die Besichtigung des Militäranlagen in Petersburg. Prinz Hohenlohe soll der Botschaft in Berlin ausgeteilt werden.

Das Handelsprotivorium mit Nordamerika. Das zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland vereinbarte neue Handelsprotivorium, das am 22. cr. dem Wirtschaftlichen Ausschuss zur Beratung vorlag, gelangte dem „Berliner Lokal-anzeiger“ zufolge nach siebenstündiger Beratung zur Annahme.

Die deutsch-französische Übereinkunft. Zu den Aeußerungen des französischen Ministers Richon, es sei aller Grund zur Hoffnung vorhanden, daß die Streitigkeiten wegen des Kanalbaues in Tanger und der Hafenbauten in Karrode in befriedigender Weise erledigt werden, erklärt ein Berliner offiziöses Telegramm der „Rein. Ztg.“, man dürfe

die Erklärung mit großer Befriedigung zur Kenntnis nehmen und hoffen, daß dieser Ausweg dazu beitragen wird, daß in Zukunft neue marokkanische Zwischenfälle mit etwas mehr philosophischer Ruhe betrachtet werden.

Englische Sorgen über angebliche deutsche Arbeiten in Marokko. Ein englischer Unteroffizier richtete der Amerikaner Office am 23. cr. an den Generalsekretär des Amerikaner Office Grey die Anfrage, ob er davon unterrichtet sei, daß die marokkanische Regierung öffentliche Arbeiten in Tanger an eine deutsche Firma vergeben habe, ob die Umstände, unter denen der Vertrag zustande gekommen sei, einen Verstoß gegen die Agenciers-Akte enthalten, und welche Schritte die britische Regierung zu tun gedenke. Generalsekretär Grey erwiderte, eine derartige Frage sei mit Bezug auf einen bestimmten Vertrag in Tanger, der zweifellos der Agenciers-Akte erträglich sei, zur Sprache gebracht worden. Es handle sich um eine Frage, die zweifellos auf der Stelle ihre Erledigung finden werde gemäß den Bestimmungen der Akte von Agenciers, die darauf zu erhalten alle Regierungen betrefen.

Deutsch-Südwäprika. Ein Telegramm aus Windhoek am 24. April 1878 zu Döbeln, früher im Winter-Bataillon Nr. 16, am 20. April d. J. in Jagart-Regiment am Grenzschutz gestorben.

Wiel-Saar-Kanalisierung. Wie die „Rein. Ztg.“ auf Grund zuverlässiger Informationen erklären kann, sind die in der Presse verbreiteten Mitteilungen, wonach über die Frage der Wiel-Saar-Kanalisierung bereits eine Entscheidung getroffen sei, gänzlich unzutreffend.

Der frühere Abgeordnete v. Elm über die Sozialdemokratie. Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete v. Elm hielt in der Sitzung des Hamburg-Altstater Gewerkschaftskartells am 23. cr. eine Aeußerung, welche den Eindruck erregte, er verurteile scharf den geschäftigen Ton der sozialdemokratischen Presse im Kampfe gegen die Arbeitgeber und begründete die Idee eines Massenkreises als politischen Union einiger wichtigerer Führer. Jeder Generalsekretär der Arbeiter erreiche das Gegenteil seines Zweckes und werde durch den Untergang der sozialdemokratischen Organisation bedeuert.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 23. April, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Dr. Aicheberg. Die Beratung des Etats des Reichstages, Titel Staatssekretär, wird fortgesetzt.

Abg. Arsch (kon.): Man greift hier immer mit Vorliebe Breuen an. Wir, die wir hier Breuen vertreten, müssen Sie doch darauf aufmerksam machen, daß in einem so großen Staat mit so großen Aufgaben die Breuen die Aufgabe zu lösen, die schließliche lassen kann, wie in einem kleinen Staat, die dort entscheidende eine Ergelien. (Lachen links.) Die Herren im Süden kennen Breuen nicht. (Erneutes Gelächter.) Weiter spricht sich jedoch gegen die Immunitätsresolutionen (Macht der Abg. zur Zeugniserweiterung) aus, dankt dem Minister dafür, daß wir nicht so großen Wert auf die Immunität legen, wie er sonst gerichtlichen Vergehens, besagt die Immunität, ist wie der Abg. Frank von dem „loeweren Schutzmantel“ gesprochen hat und legt dann Verwahrung ein gegen die Aeußerung des Abg. Jund, von Barheim, die es mit der Sozialpolitik „christlich“ meinen. In der Gegenheit hierzu Barheim erklärt, es „nicht nicht“ nicht so sehr, wie er sich aus dem Mund des Abg. Gerlach, der sich gegen die Sozialpolitik, besagt gegen den Abg. Heine. Er betont dabei u. a., wie die sozialdemokratische Presse alles heruntermacht, was der Mehrheit des Volkes beliebt sei. Dabei doch der „Vorwärts“ sogar die Königin Luise eine intrigante Persönlichkeits genannt: Das ist eine Schamlosigkeit. (Abg. Stabthagen ruft: Sehr richtig!) Sie wollen sich schämen, Herr Stabthagen! (Auf Stabthagen: Unverständnis!) Von einem Stabthagen unverständlich genannt zu werden, ist mir eine Ehre. (Gelächter Barheim rechts. Unruhe links. Präsident Stabthagen, besetzt die Glocke bedenkend, ruft, nachdem er einlind Ruhe geschafft, den Abg. Stabthagen zur Ordnung wegen des Aufhebens des „unerschämte.“ Die Namen aller der Redakteure, die sich so etwas erlauben, sollten veröffentlicht werden; es würde sich dann herausstellen, daß die meisten derselben mit uns keine Massengemeinschaft haben. (Gelächter Barheim rechts.)

Abg. Prinz Carl (mit.) befragte die die von seinen Freunden eingebrachte Resolution wegen Regelung des Automobilverkehrs.

Staatssekretär Nierbering: Die Regierungen teilen die Auffassung, daß neben einer Regelung des Automobilverkehrs auch die Regelung der Haftpflichtfrage notwendig sei. Es ist dem vorigen Berichtschluß schon ein Entwurf vorgelegt worden, aber nicht erledigt worden. Ich erlaube an, daß viele Bedenken, die bereits in der Kommission erhoben wurden, wohlgegründet waren. Deshalb kann uns aber auch nicht ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß wir nicht jetzt dieselbe Vorlage wieder vorgelegt haben, oder daß wir nicht schon eine Vorlage auf neuer Grundlage eingebracht haben. Auf Grund einer neuen Statistik werden wir demnächst hier in der Lage sein. (Unruhe.) No. Sie haben je selber in der Kommission eine Statistik vorgelegt! Also auf Grund der in Vorbereitung befindlichen Statistik, die im Herbst wohl vollständig vorliegen wird, werden wir über neue Haftpflicht-Vorläufe Stellung nehmen können, zumal dann auch mit der Zeit Ordnung in der Statistik herbeiführen können. Der Verleser-Ordnung einschlägige Erörterungen gesammelt sein werden.

Abg. von Dergan (Reichsp.) erklärt die Notwendigkeit, die Behandlung geisteskranker Personen, die sich strafbar gemacht haben, zu regeln. Was den Zeugnisschutz für Redakteure anlangt, so sieht er auf dem Standpunkte des Abg. Müller.

